

Schubbeck muss erneut vor Gericht

Bei diesem Prozess gegen den Star-Koch geht es unter anderem um Subventionsbetrug.

Rund zweieinhalb Jahre nach seiner Verurteilung wegen Steuerhinterziehung muss Alfons Schubbeck sich vom 24. Juni an erneut vor Gericht verantworten, wie das Landgericht München I mitteilte. Es geht dabei dieses Mal unter anderem um den Vorwurf des Subventionsbetrugs. Vier Verhandlungstage wurden angesetzt, das Urteil könnte damit am 14. Juli fallen. Schubbeck und sein Anwalt Norbert Scharf wollten sich auf Anfrage nicht zur Eröffnung des Hauptverfahrens äußern.

Die Anklage, die die Staatsanwaltschaft im vergangenen Jahr erhoben hatte, wurde zum größten Teil zur Hauptverhandlung zugelassen. 45 Bände umfassen die Ermittlungsakten den Angaben zufolge, die ursprüngliche Anklageschrift hat 124 Seiten. Die Anklagebehörde wirft dem Star-Koch Insolvenzverschleppung in neun Fällen, Betrug in vier Fällen, versuchten Betrug in fünf Fällen und Subventionsbetrug in 19 Fällen vor. Der Vorwurf, Schubbeck habe in Hunderten Fällen Arbeitsentgelt vorenthalten und veruntreut, wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft eingestellt – „im Hinblick auf eine zu erwartende Verurteilung in den anderen Tatkomplexen“, wie das Gericht mitteilte.

Laut Staatsanwaltschaft soll Schubbeck unter anderem zu Unrecht Corona-Soforthilfen und Überbrückungshilfen beantragt haben. „Er machte dabei wissentlich falsche Angaben, um für die von ihm vertretenen Gesellschaften nicht gerechtfertigte Subventionen großen Ausmaßes zu erlangen sowie um eine Einnahmequelle von einigem Gewicht und einiger Dauer zu schaffen“, heißt es in der Mitteilung der Staatsanwaltschaft. Die Behörde wirft Schubbeck vor, Corona-Hilfen und andere Subventionen in Höhe von 460 000 Euro erschlichen zu haben.



Noch ist die erste Haftstrafe nicht abgesehen, da droht Alfons Schubbeck neues Ungemach: In einem weiteren Prozess geht es unter anderem um Insolvenzverschleppung.
FOTO: CHRISTOF STACHE/AFAP

Für neun seiner Unternehmen soll Schubbeck zudem die erforderlichen Insolvenzanträge nicht oder nicht rechtzeitig gestellt haben, obwohl das jeweilige Unternehmen bereits zahlungsunfähig war. Dadurch seien „zahlreiche Geschäftspartner und Gläubiger massiv geschädigt“ worden, hieß es in der Mitteilung der Staatsanwaltschaft zur Anklageerhebung. Mindestens ein Unternehmen habe in der Folge selbst einen Insolvenzantrag stellen müssen. Schubbeck wolle sich gegen die Vorwürfe verteidigen, hatten seine Anwälte im Oktober 2024 mitgeteilt. „Die mit der Anklage aufgeworfenen Fragen betreffen die wirtschaftliche Seite der jüngeren Lebensgeschichte von Herrn Schubbeck, die es zu klären gilt“, schrieben sie damals in einer Stellungnahme. „Äußerungen zu den Anklagevorwürfen werden gegenüber dem Gericht erfolgen, nicht in oder über die Öffentlichkeit.“

Schubbeck sitzt bereits im Gefängnis. 2023 hatte er seine Haftstrafe wegen Steuerhinterziehung angetreten. Im Oktober 2022 war er zu drei Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt worden. Das Gericht war überzeugt, dass er 2,3 Millionen Euro Steuern hinterzogen und mehr als 1000 Mal in die Kasse von zwei seiner Restaurants gegriffen hat, um Geld verschwinden zu lassen. Sollte Schubbeck im Sommer erneut verurteilt werden, so würde das Gericht aus der zurückliegenden und der neuen Strafe eine sogenannte Gesamtstrafe bilden. Dabei wird die höchste Einzelstrafe genommen und angemessen erhöht – diese Strafe muss aber niedriger liegen als die Summe aller Einzelstrafen. In Schubbecks Fall kommt hinzu, dass er schon einen Großteil der ersten Strafe verbüßt hat. Diese Zeit wird auf die Gesamtstrafe angerechnet. Welche Auswirkungen die neue Anklage und die Eröffnung des neuen Hauptverfahrens auf seine Haftbedingungen haben könnten – und ob überhaupt – war zunächst unklar.
Stephan Handel

DAS WETTER

9°/4°

Der Himmel zeigt sich überwiegend stark bewölkt und regnerisch. > Seite R10

Süddeutsche Zeitung München, Region und Bayern
Telefon: 089/2183-475
Mail: muenchen-region@sueddeutsche.de
Internet: www.sz.de/muenchen
Anzeigen: 089/2183-1030
Abo-Service: 089/2183-8080, www.sz.de/abo

Ihr Lokaltitel auf Tablet und Smartphone: sz.de/zeitungssapp



Aus Anlass der Sicherheitskonferenz kommt es regelmäßig zu Protestaktionen in der Münchner Innenstadt, hier eine Szene aus dem Jahr 2015.

FOTO: SVEN HOPPE/DPA

Siko-Gegner wollen Blick auf Palästina lenken

Ein Redner, der die Shoah relativiert, Pro-Palästina-Aufrufe und eine neue Demonstrationsroute, die in die Nähe des Generalkonsulats des Staates Israel führt: Die Protestpläne der linken Friedensbewegung gegen die Sicherheitskonferenz lassen ein klares Ziel erkennen.

Von Martin Bernstein

Ein Unterstützer der israelfeindlichen BDS-Bewegung hat am Dienstag im Münchner Eine-Welt-Haus den industriellen Massenmord der Nazis an den europäischen Juden relativiert. Deutschland begeh in Nahost zum dritten Mal Völkermord („Genocide“), behauptete Ronnie Barkan bei einer Pressekonferenz des Bündnisses gegen die Sicherheitskonferenz: „Namibia, Auschwitz, Gaza“. Die Relativierung der Shoah blieb unwidersprochen. Barkan, in Großbritannien lebender Israeli, wird am Samstag bei der Auftaktkundgebung auf dem Münchner Karlsplatz sprechen.

Wie sehr der Nahost-Konflikt die Kundgebung der traditionellen linken Friedensbewegung dominieren könnte, zeigt ein Blick auf die Rednerliste. Neben Barkan wird eine Unterstützerin der vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppierung „Palästina spricht München“ (PSM) auftreten, ein Hafearbeiter aus Genua, der laut

Als Redner angekündigt ist auch der frühere griechische Finanzminister Varoufakis

Ankündigung vom Dienstag unter anderem „Schiffe nach Israel blockiert“, sowie ein Vertreter der anonymen Gruppe „Academics for Justice“. Eine nicht genehmigte Veranstaltung dieser Gruppierung an der Technischen Universität München hatte im Januar zu einem Großeinsatz der Polizei wegen des Verdachts auf Hausfriedensbruch geführt.

Angekündigt ist als Redner bei der Abschlusskundgebung auf dem Marienplatz auch der frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis. Er ist Gründer der Partei „Mera25“, die zur Bundestagswahl antritt. Im vergangenen Jahr wurde Varoufakis von der Bundespolizei die Ein-

reise zu einem Palästina-Kongress verweigert. Wenn ihm Ähnliches auch am Freitag widerfähre, werde man das medial nutzen, kündigte ein Mera-Sprecher am Dienstag an.

Klar ist jetzt schon, dass Palästina-Fahnen das Bild des Demonstrationszugs der Friedensbewegung prägen werden. Und das, obwohl das Anti-Siko-Bündnis in seinem Konsens darum bittet, „bei unseren Versammlungen das Mitführen von Nationalstaatsflaggen zu unterlassen“. Offen ruft PSM in den sozialen Netzwerken dazu auf, sich am Samstag auf dem Stachus bei einer großen Palästina-Flagge zu versammeln, und: „Bringt eure Flaggen, üblichen Plakate und Trillerpfeifen mit.“

Im Aktionsbündnis besteht offenbar keine Einigkeit in dieser Frage. Sprecher Heinz Michael Vilsmeier möchte auf Nachfrage deshalb kein offizielles Statement abgeben. Dann formuliert er es so: „Es ist nicht erwünscht – wir können es nicht verhindern.“

Auch in einem anderen Punkt haben die Alt-Friedensbewegungen aus der Zeit, als der 2023 verstorbene Claus Schreer noch die Proteste gegen die „Siko“ anführte, dem Nachwuchs nachgegeben. Erstmals wurde die Demonstrationsroute geändert, mit der das Tagungshotel „Bayerischer Hof“ symbolisch umzingelt werden soll. Statt direkt über den Platz der Opfer des Nationalsozialismus drehen die Demonstrantinnen und Demonstranten diesmal eine Schleife über den Karolinenplatz.

Das erhöhe die Sichtbarkeit, erklärt Vilsmeier den Wunsch eines Teils der Organisatoren nach einer neuen, längeren Route. Und außerdem komme man so am Verwaltungssitz der Sicherheitskonferenz im Amerikahaus vorbei. Was er nicht sagt: Direkt gegenüber, ebenfalls am Karolinenplatz gelegen, steht das Generalkonsulat des Staates Israel.

Breiten Raum nehmen bei der Vorstellung des Protestprogramms die Schwierig-

keiten ein, den die mit dem Aktionsbündnis liierte „Münchner Friedenskonferenz“ damit hatte, Räume für ihre Veranstaltung am Wochenende zu finden. Denn auch dort wird es israelkritisch zugehen, wenn die jüngst von der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität ausgeladene UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese auftreten wird. Sie hatte vergangenes Jahr den israelischen Ministerpräsidenten indirekt mit Adolf Hitler verglichen. Bei so viel Palästina-Zündstoff ist Anti-Siko-

Sprecher Vilsmeier am Dienstag bemüht, auf die anderen Anliegen der Münchner Friedensbewegung hinzuweisen. Vilsmeier hofft sogar, dass von der Kundgebung am Samstag eine neue Protestbewegung ausgehen könne. Eine, die sich gegen die Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland richtet – „ein wahnsinniges Projekt“, wie Vilsmeier sagt.

Räumlich kommt der Demonstrationszug der linken Gruppierungen am Sams-

tag einer anderen Kundgebung näher als in früheren Jahren. Auf dem Königsplatz werden sich ebenfalls Tausende versammeln und auch sie verstehen sich als „Friedensbewegung“. Manche ihrer Forderungen unterscheiden sich auf den ersten Blick nicht von denen des Anti-Siko-Bündnisses. Doch ideologisch trennen beide Kundgebungen Welten.

Während das Anti-Siko-Bündnis „keinen Platz für völkisch-nationalistische Ideologien, weder für Rassismus noch für Antisemitismus oder für rechtspopulistische Islam-Hetze“ bieten möchte, veröffentliche die Konkurrenz vom Königsplatz dieser Tage ein Video, in dem die für Samstag angekündigte Rednerin Ulrike Guérot die „Brandmauer“ gegen Rechts als undemokratisch verwirft und die parlamentarische Demokratie kritisiert.

Es sind die Reste der Querdenker-Szene aus Zeiten der Corona-Pandemie, die unter dem Motto „Macht Frieden“ durch die Münchner Maxvorstadt ziehen werden. Viele der teilnehmenden Gruppen und Akteure sind politisch zumindest rechts offen und sympathisieren mit der Szene der Verschwörungsideologen und Reichsbürger. Bei einer Kundgebung zum Antikriegstag im vergangenen September wurde der Nato die Hauptschuld am Ukraine-Krieg gegeben. Redner und Teilnehmer an der Versammlung zeigten offen ihre russlandfreundliche Haltung.

Letzteres würde am Samstag nur ein paar Hundert Meter entfernt gar nicht gut ankommen. Auf dem Odeonsplatz findet zur selben Zeit die dritte Großdemonstration im Umfeld der Sicherheitskonferenz statt, organisiert von Unterstützern der Ukraine. Auf der Kundgebung wird auch ein Rettungswagen aus der Ukraine präsentiert – dieser wurde im März 2022 nach Angaben der Organisatoren „während eines Angriffs der russischen Armee auf ein ziviles Krankenhaus in der Nähe von Charkiw mit Streumunition durchsiebt“.



Warnstreik soll München teilweise lahmlegen

Kitas, die städtischen Krankenhäuser und die Müllabfuhr sollen unter anderem von dem Ausstand am Donnerstag betroffen sein.

München wird bestreikt: Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi hat die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für diesen Donnerstag zu einem großen Warnstreik aufgerufen. Betroffen sind unter anderem städtische Kinderbetreuungseinrichtungen, die Müllabfuhr und die städtischen Krankenhäuser.

Besonders hart treffen könnte der Arbeitskampf jene Eltern, die ihre Kinder in einer städtischen Kita untergebracht haben. Krippen, Kindergärten und Horte könnten ganz oder teilweise geschlossen werden. Und weil spontan gestreikt werden kann, ist eine Prognose schwierig, welche Einrichtung am Donnerstag Kinder betreut und welche nicht. Den Eltern wird deshalb empfohlen, direkt bei der jeweiligen Kita-Leitung nachzufragen. Die Stadt betreibt rund 450 Kitas, insgesamt gibt es etwa 1500 Kitas in München. Die Kinderbetreuungseinrichtungen anderer Träger sind nicht vom Streik betroffen. Auf der Internetseite www.muenchen.de/kita ist ei-

ne Liste mit Antworten zu finden auf häufig gestellte Elternfragen zum Streik.

Sollte es am Donnerstag schneien oder zu Glatteis auf den Straßen kommen, dann ist der städtische Winterdienst vorbereitet: Zur „Sicherstellung der Verkehrssicherheit und Stadthygiene“ habe man mit Verdi eine „Notdienstvereinbarung“

Diverse Wertstoffhöfe könnten geschlossen bleiben

geschlossen, teilt eine Sprecherin des Baureferats mit. Die Einsatzleitung stehe mit der Gewerkschaft in Kontakt, um auf „besondere Winterereignisse“ reagieren zu können. Trotzdem werde es „insbesondere bei der Reinigungsleistung, soweit sie nicht verkehrsfähend ist, zu Einschränkungen“ kommen. Mit welchen Folgen bei der Müllabfuhr zu rechnen ist, konnte der Abfallwirtschaftsbetrieb Mün-

chen (AWM) zunächst nicht sagen. „Erfahrungsgemäß ist davon auszugehen, dass diverse Wertstoffhöfe geschlossen haben werden und die Müllabfuhr stark eingeschränkt ist“, teilte eine Pressesprecherin auf Anfrage mit.

Auch die München Klinik hat sich auf den Streik eingestellt. Die Notfallversorgung, Notfalleingriffe – auch im Bereich der Kindermedizin – oder dringende Operationen finden statt, versichert Klinik-Sprecher Raphael Diecke. Sollten darüber hinaus Termine streikbedingt verschoben werden müssen, würden betroffene Patientinnen und Patienten vorab informiert und erhielten einen zeitnahen neuen Termin. Ebenfalls zum Streik auferufen sind die Beschäftigten des Landratsamts München, die Städtische Sing- und Musikschule sowie die Kammerspiele und die Schauburg.

Der Auslöser für den Warnstreik sind die stockenden Tarifverhandlungen für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten im öf-

fentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Verdi fordert acht Prozent mehr Gehalt, mindestens jedoch 350 Euro monatlich für eine Laufzeit von zwölf Monaten. Außerdem verlangt die Gewerkschaft unter anderem höhere Zuschläge für besonders belastende Tätigkeiten, drei zusätzliche freie Tage zur Entlastung der Beschäftigten sowie eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen.

Ein konkretes Gegenangebot legten die Arbeitgeber bisher nicht vor. „Die Forderungen der Gewerkschaften sind sehr hoch“, hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bereits im Januar gesagt. „Die Haushaltslage ist und bleibt angespannt, insbesondere auch in den Kommunen.“ Nun müsse man gemeinsam „zu einer fairen Einigung kommen“.

„Geld ist genug da – es muss gerechter verteilt werden“, argumentiert Verdi in einer aktuellen Pressemitteilung. Die steigenden Lebenshaltungskosten im teuren Ballungsraum München trafen insbeson-

dere die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hart, so die Gewerkschaft. „Viele in den unteren Einkommensgruppen wissen nicht mehr, wo sie noch sparen können“, sagt Verdi-Geschäftsführerin Claudia Weber. Zu den aus Gewerkschaftssicht zu niedrigen Löhnen komme eine immer höhere Belastung für die Beschäftigten hinzu, denn wegen anhaltender Sparzwänge bei der Stadt seien zahlreiche Stellen unbesetzt.

Die Gewerkschaft ruft am Donnerstag auch zu Protesten in München auf. Zwei Demonstrationen sollen vormittags jeweils vom Adolf-Kolping-Platz 1 und vom Augustiner Bräu in der Arnulfstraße aus starten und von dort zum Königsplatz ziehen, wo die zentrale Kundgebung um 10.30 Uhr beginnen soll. Verdi hofft, von München aus ein starkes Signal an den Bund schicken zu können, kurz bevor die zweite Verhandlungsrunde am 17. und 18. Februar stattfindet.

Kathrin Aldenhoff, Thomas Schmidt